

weitergereicht an: am:	<b>Beschluss-Nr.: 2009/192 (I)</b>
Gremium: <b>Kreistag</b>  Sitzung: <b>7. Sitzung des Kreistages des Landkreises Leipzig</b>	Aktenzeichen:  Vorlage-Nr.: 2009/192/2 (I)  Datum: 07.10.2009
<b>aufgehoben/geändert am:</b>	<b>durch Beschl.-Nr.:</b>

### Beschlussgegenstand

Satzung des Landkreises Leipzig über die Gebühren für die öffentliche Abfallentsorgung im Teilgebiet Altlandkreis Leipziger Land (Abfallgebührensatzung TG LL)

### Beschlusstext

Der Kreistag beschließt

die als Anlage beigefügte "Satzung des Landkreises Leipzig über die Gebühren für die öffentliche Abfallentsorgung im Teilgebiet Altlandkreis Leipziger Land (Abfallgebührensatzung TG LL)".

gez.  
**Dr. Gerhard Gey**  
**Landrat**                      - Siegel -

**Satzung  
des Landkreises Leipzig  
über die Gebühren für die öffentliche Abfallentsorgung  
im Teilgebiet Altlandkreis Leipziger Land  
(Abfallgebührensatzung TG LL)**

Aufgrund des § 3 a des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG), der §§ 2 und 9 - 16 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG), des § 3 Abs. 1 der Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO) sowie § 27 der Abfallwirtschaftssatzung Teilgebiet Altlandkreis Leipziger Land (TG LL) des Landkreises Leipzig hat der Kreistag des Landkreises Leipzig in seiner Sitzung am 07.10.2009 folgende Satzung über die Gebühren für die öffentliche Abfallentsorgung im Teilgebiet Altlandkreis Leipziger Land (Abfallgebührensatzung TG LL) beschlossen:

**§ 1**

**Gebührenerhebung**

Der Landkreis Leipzig (nachfolgend Landkreis) erhebt für die Benutzung und zur Deckung der Kosten seines Aufwandes bei der öffentlichen Abfallentsorgung im Teilgebiet Altlandkreis Leipziger Land (TG LL, im Folgenden auch Satzungsgebiet genannt) Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung. Die Gebühren für die Vorhaltung und die Inanspruchnahme der Leistungen der öffentlichen Abfallentsorgung gemäß der Abfallwirtschaftssatzung TG LL in der jeweils gültigen Fassung setzen sich aus einer Festgebühr, einer Behälternutzungsgebühr, einer Behälterentleerungsgebühr und bei entsprechender Beantragung einer Behältertauschgebühr oder einer Behältertransportgebühr für den Umzugsfall sowie einer Nachentleerungsgebühr zusammen. Überdies werden Gebühren i.S. einer Transportpauschale für Sperrmüll, eine Mehrmengengebühr für Sperrmüll, eine Gebühr für die Abholung von Elektroaltgeräten auf Abruf und eine Gebühr für Restmüllsäcke sowie Gartenabfallsäcke erhoben.

**§ 2**

**Gebührensschuldner**

(1)

Gebührensschuldner im Sinne dieser Satzung sind grundsätzlich der Überlassungspflichtige gemäß § 6 Abs. 2 der Abfallwirtschaftssatzung (AWS) TG LL und für auf Antrag angeschlossenen Wochenendgrundstücke und Kleingartenvereine jeweils der Berechtigte gemäß § 6 Abs. 3 der Abfallwirtschaftssatzung (Nutzer des Wochenendgrundstücks, Kleingartenverein), soweit in dieser Satzung nichts abweichendes geregelt wird.

Für die Abgeltung der Leistungen auf Antrag durch die Transportpauschale für Sperrmüll, die Gebühren für die Abholung von Elektro- und Elektronikgeräten auf Bestellung, die Behältertausch- und die Behältertransportgebühr sowie die Nachentleerungsgebühr ist zudem der Antragsteller Gebührensschuldner.

(2)

Schuldner der Gebühr für die Entsorgung von Restmüll oder von Gartenabfall über hierfür nach Maßgabe der AWS TG LL vorgesehenen Abfallsäcken sowie der Gebührenwertmarke für die Abholung von Elektro- und Elektronikgeräten im Holsystem ist jeweils deren Erwerber. Schuldner der Mehrmengengebühr ist derjenige, der die damit abgegoltene Menge an Sperrmüll überlässt. Wird eine Abholung beantragt, ist Gebührensschuldner der Mehrmengengebühr der Antragsteller.

(3)

Wird ein Gebührentatbestand von mehreren Gebührenschuldnern gemeinsam verwirklicht, haften diese als Gesamtschuldner.

**§ 3**

**Entstehung, Änderung und Beendigung der Gebührenpflicht**

(1)

Die Gebührenpflicht entsteht, sofern diese Satzung nichts anderes bestimmt, jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres, erstmals spätestens jedoch am ersten Kalendertag des auf den Anschluss an die Abfallentsorgung folgenden Monats, in jedem Fall jedoch mit der Benutzung der Abfallentsorgung für das laufende Jahr.

(2)

Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungszwanges entfallen und der Anschluss- bzw. Überlassungspflichtige beim Landkreis schriftlich die Beendigung seiner Überlassungspflicht nach § 6 der Abfallwirtschaftssatzung bekannt gibt. Eine Abmeldung für zurückliegende Zeiträume ist nicht möglich. Der Aufwand bei fehlender Abmeldung ist vom Gebührenschuldner zu tragen.

(3)

Treten im Laufe des Kalenderjahres Änderungen insbesondere gemäß § 14, § 24 Abs. 5 und § 25 Abs. 1 Abfallwirtschaftssatzung TG LL bei der Bemessungsgrundlage für die Fest- oder Behälternutzungsgebühr bzw. (z.B. wegen Änderung der Behältergröße) der Behälterleerungsgebühr ein, erhöhen oder ermäßigen sich die Gebühren ab Beginn des der gemeldeten Änderung folgenden Monats. Änderungen werden nur berücksichtigt, wenn sie dem Landkreis bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres mitgeteilt werden.

#### **§ 4**

#### **Bemessungsgrundlagen**

(1)

Bemessungsgrundlagen für die Berechnung der Festgebühr gemäß § 6 Abs. 2 dieser Satzung für private Haushalte ist:

- die Zahl der zu einem Haushalt gehörenden Personen, wobei als Haushalt jede Personengruppe gilt, die nicht nur vorübergehend in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebt (haushaltsbezogene Veranlagung),
- dem gemäß auch jede alleinstehende Person mit einem Haushalt.

Für die Gebührenerhebung werden grundsätzlich die Daten der Anmeldung mit Haupt- bzw. Nebenwohnung beim zuständigen Einwohnermeldeamt herangezogen. Dies entbindet nicht von den Verpflichtungen gemäß § 25 Abfallwirtschaftssatzung. Änderungsmitteilungen der Gebührenpflichtigen werden vom Landkreis unabhängig von den Grundlagen nach Satz 2 nach Maßgabe dieser Satzung berücksichtigt.

(2)

Bemessungsgrundlagen für die Berechnung der Festgebühr gemäß § 6 Abs. 4 dieser Satzung für Gewerbe, öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen, Selbständige, Pächter, Freiberufler, Nebenstellen, Inhaber von Betrieben und Praxen u. ä. (nachfolgend Gewerbe u.ä. genannt) ist die Anzahl und Größe (Volumen) der je Anfallstelle und deren Anschluss im Satzungsgebiet bereitgestellten Restmüllbehälter.

(3)

Bei gemischt genutzten Grundstücken, die sowohl Wohnzwecken als auch anderen Zwecken dienen, wird sowohl eine Festgebühr für private Haushalte nach Abs. 1 als auch eine Festgebühr für die anderen Herkunftsbereiche nach Abs. 2 erhoben.

(4)

Sind Wochenendgrundstücke und Kleingartenvereine gemäß § 6 Abs. 3 Abfallwirtschaftssatzung TG LL an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen, werden diese für den Zeitraum von März bis Oktober eines Jahres je Anschluss einer Anfallstelle (Grundstück, bei Kleingartenanlagen je Anlage) zur Festgebühr herangezogen.

(5)

Bemessungsgrundlagen für die Behälternutzungsgebühr sind Anzahl und Größe (Volumen) der je auf den Gebührenschuldner registrierten Restmüllbehälter.

(6)

Bemessungsgrundlage für die Behälterentleerungsgebühr ist die Anzahl der im Identsystem erfassten Entleerungen pro auf den Gebührenschuldner registriertem Restmüllbehälter abhängig von dessen Größe (Volumen) ohne Berücksichtigung des Behälterfüllgrades bei der Entleerung. Die Nachentleerungsgebühr bemisst sich nach der beantragten Zahl der Nachentleerungen pro Behälter. Die Gebühr für die Entsorgung von Restmüll oder Gartenabfällen mit hierfür vorgesehenen Säcken bemisst sich nach der Anzahl der hierfür in Anspruch genommenen Säcke.

(7)

Bemessungsgrundlage für die Mehrmengengebühr Sperrmüll gemäß § 17 Abs. 1 Abfallwirtschaftssatzung TG LL ist diejenige Menge, die über 1 m<sup>3</sup> pro Person und Kalenderjahr hinausgeht. Die Bemessung erfolgt für jede 0,5 m<sup>3</sup> der Mehrmenge (Basis: die bestellte Containergröße einschließlich der im Bringsystem angelieferten Mengen).

## **§ 5**

### **Erhebung, Fälligkeit und Einziehung der Gebühren**

(1)

Die Festgebühr und die Behälternutzungsgebühr werden jeweils für die Kalendermonate eines Jahres (bei Entstehung der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres also für den Restteil des Jahres für die verbleibenden vollen Monate desselben, die auf den Anschluss, oder, falls diese vor dem Anschluss liegt, die erste Inanspruchnahme folgen), berechnet und gegenüber den Gebührenschuldern auf der Grundlage eines Abfallgebührenbescheides erhoben. Die Gebührenschuld entsteht jeweils zum Monatsende, erstmals mit Ablauf des ersten vollen Kalendermonats, der auf den Anschluss bzw. auf die erste Inanspruchnahme folgt, falls diese zeitlich vor dem ersten Anschluss liegt.

(2)

Auf die Festgebühr sowie die Behälternutzungsgebühr werden Vorauszahlungen in zwei gleichen Jahresraten, die jeweils am 1. März und am 1. September des jeweiligen Jahres zur Zahlung fällig sind, erhoben, die zu Jahresbeginn entstehen.

Änderungen der Bemessungsgrundlagen gemäß § 3 Abs. 3 dieser Satzung werden, falls sie dem Landkreis rechtzeitig bis sechs Wochen vor der zweiten Fälligkeit der Vorauszahlung bekannt werden, durch Änderungsbescheid berücksichtigt (Entstehungszeitpunkt) und zum 1. September des laufenden Jahres fällig.

Die Gesamtsumme der Festgebühren und Behälternutzungsgebühren eines Jahres werden im Vorauszahlungsbescheid für das Folgejahr im ersten Quartal desselben endgültig festgesetzt (Verrechnung mit den Vorauszahlungen des vorangegangenen Jahres). Konnten dem Landkreis bis zum Jahresende bekannt gewordene Änderungen der Bemessungsgrundlagen für die Festgebühr und die Behälternutzungsgebühr im laufenden Jahr nicht mehr zum 1. September berücksichtigt werden, werden etwaige aus der Verrechnung folgende Nachzahlungen oder Gutschriften aufgrund der vorgenannten Festsetzung zum 1. März des Folgejahres fällig.

(3)

Die Behälterentleerungsgebühr entsteht in voller Höhe jeweils zum Ablauf des Kalenderjahres, für das sie erhoben wird.

Es werden jeweils am 1. März und am 1. September des jeweiligen Jahres hierauf Vorauszahlungen in Höhe von jeweils der Hälfte der gemäß § 7 Abs. 3 dieser Satzung anfallenden Mindestentleerungsgebühren zur Zahlung fällig, die bereits zum Jahresbeginn entstehen.

Die Summe der Behälterentleerungsgebühren eines Jahres werden zusammen mit den Vorauszahlungen für das Folgejahr zu Beginn des ersten Quartals desselben im Jahresbescheid endgültig festgesetzt.

Es findet eine Verrechnung mit den Vorauszahlungen statt. Soweit eine höhere Zahl an Entleerungen als die der Bemessungsgrundlage für die Mindestentleerungsgebühren in Anspruch genommen wurde, werden die hierfür anfallenden Gebühren zum 1.3. des Folgejahres fällig. Eine Rückvergütung von Vorauszahlungen findet nicht statt, falls pro Jahr eine geringere Anzahl an Leerungen als die Mindestentleerungen in Anspruch genommen wurde.

(4)

Die Gebührenschuld für die Verwendung von zugelassenen Restmüll- und Gartenabfallsäcken sowie für die Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten im Holsystem entsteht mit der Abgabe des Abfallsackes bzw. der Gebührenwertmarke an den Erwerber und wird gleichzeitig fällig.

Die Transportpauschale für die Abholung von Sperrmüll am Grundstück, die Gebühr für den Behältertausch- und die Behältertransportgebühr sowie die Nachentleerungsgebühr werden gegenüber den Gebührenschuldern in Form eines Abfallgebührenbescheides erhoben.

Die Gebührenschulden für die in Satz 2 genannten Gebühren entstehen mit Eingang des Antrags beim Landkreis.

Die in Satz 2 und 3 genannten Gebühren werden zwei Wochen nach Bekanntgabe des hierfür jeweils ergehenden, gesonderten Gebührenbescheides fällig, der in dem auf die beantragte Entsorgung folgenden Monat ergeht.

(5)

Eine Leistung gilt auch dann als in Anspruch genommen und begründet die Erhebung einer Gebühr, wenn

1. bei einer bestellten/beantragten Leistung das betreffende Grundstück angefahren wurde und der abzuholende Abfall bzw. der umzutauschende Abfallbehälter ohne Verschulden des Landkreises nicht bereitgestellt war bzw.
2. ein Restmüllbehälter gemäß § 16 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung TG LL bereitgestellt war und eine Leerung im Identsystem, unabhängig vom Füllgrad des Behälters, registriert wurde.

(6)

Der Gebührenschuldner kann bei den durch Gebührenbescheid erhobenen Gebühren zwischen den Zahlungsweisen

1. Lastschriftverfahren oder
  2. Überweisungsverfahren
- wählen.

Für die Teilnahme am Lastschriftverfahren ist durch den Gebührenschuldner beim Landkreis eine schriftliche Einzugsermächtigung zu erteilen. Diese gilt auf unbestimmte Zeit und wird zur nächsten Fälligkeit wirksam, sofern sie mindestens 1 Woche vorher erteilt wurde.

(7)

Die Gebühren sind Kommunalabgaben im Sinne des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) und unterliegen der Beitreibung im Sinne des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG) in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 6 Festgebühr**

(1)

Die Festgebühr für private Haushalte sowie für die auf Antrag an die Abfallentsorgung angeschlossenen Wochenendgrundstücke und Kleingartenvereine enthält folgende Kosten:

- a. Problemabfallentsorgung,
- b. Altpapierentsorgung,
- c. Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung,
- d. Sach- und Verwaltungskosten,
- e. Sperrmüllentsorgung soweit nicht durch die Transportpauschale gedeckt,
- f. Entsorgung von Weihnachtsbäumen,
- g. Entsorgung von Schrott
- h. Deponienachsorge

(2)

Die Festgebühr für private Haushalte gemäß § 4 Abs. 1 dieser Satzung beträgt jährlich 25,55 EUR pro Person.

(3)

Die Festgebühr für Gewerbe u.ä. gemäß § 4 Abs. 2 und 3 dieser Satzung enthält die Kosten gemäß § 6 Abs. 1 Buchstaben b), c), d) und h) dieser Satzung. Die Höhe der Festgebühr beträgt jährlich für jeden auf das Gewerbe u.ä. registrierten Abfallbehälter:

80 Liter	16,55 EUR
120 Liter	18,01 EUR
240 Liter	22,37 EUR
1,1 m³	53,67 EUR

(4)

Die Festgebühr für Wochenendgrundstücke und Kleingartenvereine gemäß § 4 Abs. 4 beträgt jährlich pro Anschluss und Anfallstelle (Grundstück bzw. bei Kleingartenanlagen die Anlage) 16,96 EUR.

(5)

Hat sich ein Gebührenschuldner nach § 4 Abs. 1 dieser Satzung im Landkreis für mehrere Wohnungen angemeldet, so wird er zur Festgebühr nach Abs. 2 nur für eine Wohnung bzw. die Hauptwohnung veranlagt.

Werden von einem Gebührenschuldner nach § 4 Abs. 2 dieser Satzung mehrere Grundstücke, Einrichtungen etc. genutzt, wird die Festgebühr nach Abs. 2 jeweils pro angeschlossener Anfallstelle (Grundstück, Einrichtung etc.) berechnet.

## **§ 7**

### **Behälterentleerungsgebühr, Mindestentleerungsgebühr**

(1)

Die Behälterentleerungsgebühr enthält die Kosten für das Einsammeln, für den Transport und für die Beseitigung des Abfalls. Für die Entleerung der Restmüllbehälter wird eine Mindestentleerungsgebühr gemäß Abs. 3 erhoben.

(2)

Die Behälterentleerungsgebühr beträgt für den Restmüllbehälter je Leerung bei einer Behältergröße von:

80 Liter	4,75 EUR
120 Liter	6,95 EUR
240 Liter	13,66 EUR
1,1 m <sup>3</sup>	46,21 EUR.

(3)

Mindestens werden Behälterentleerungsgebühren für 4 Entleerungen pro Behälter und Jahr erhoben (Mindestentleerungsgebühren), auch wenn weniger Entleerungen in Anspruch genommen wurden. Besteht die Anschluss-/ Überlassungspflicht nicht für den Zeitraum eines vollen Kalenderjahres, wird die Mindestentleerungsgebühr anteilig des Zeitraumes, in dem die Anschluss-/ Überlassungspflicht besteht, berechnet. Pro angefangenem Quartal wird die Gebühr für eine Mindestentleerung in Ansatz gebracht.

(4)

Die Gebühr für die Nutzung des zugelassenen Restmüllsacks beträgt 3,69 EUR.

(5)

Die Nachentleerungsgebühr für 1,1 m<sup>3</sup>-Restmüllbehälter auf Antrag gemäß § 23 Abs. 4 der Abfallwirtschaftssatzung TG LL wird für die dort beschriebene und beantragte außerplanmäßige Leerung dieser Behälter, die ohne Vertreten müssen des Landkreises nicht geleert werden konnten, erhoben und beträgt pro Restmüllbehälter 115,53 EURO (das 2,5-fache der regulären Behälterentleerungsgebühr).

## **§ 8**

### **Behälternutzungsgebühr, Behältertausch, Behältertransport**

(1)

Die Behälternutzungsgebühr wird zur Abgeltung von Kosten, die für die Vorhaltung der Behälter und deren Bewirtschaftung entstehen, erhoben und beträgt pro Restmüllbehälter jährlich bei

80 Liter	2,20 EUR
120 Liter	2,32 EUR
240 Liter	2,56 EUR
1,1 m <sup>3</sup>	20,35 EUR

Bei anteiliger Benutzung wird die Gebühr anteilig erhoben.

(2)

Die Gebühr für einen Behältertausch gemäß § 14 Abs. 3 Abfallwirtschaftssatzung TG LL (nach Anzahl auf Antrag) beträgt 14,94 EUR. Als Behältertausch zählt jede notwendige Anfahrt eines Grundstückes (Hausnummer) zum Zwecke des Tausches. Die Gebühr für den Behältertransport auf Antrag bei Umzug im Satzungsgebiet gemäß § 14 Abs. 3 Abfallwirtschaftssatzung TG LL beträgt 9,22 EUR (Bemessung pro Anfahrt). Im Falle des Behältertausches bei einer Behältergemeinschaft zählt als Grundstück jeder Standort der gemeinschaftlich genutzten Abfallbehälter.

## **§ 9**

### **Gebühren für die Entsorgung von Sperrmüll , Elektro- und Elektronikgeräte sowie Schrott**

(1)

Für die Sperrmüllentsorgung im Holsystem gemäß § 17 Abs. 1 Pkt. 2. der Abfallwirtschaftssatzung TG LL wird pro Anfahrt eines Grundstückes eine Transportpauschale in Höhe von 90,71 EUR erhoben.

(2)

Wird die entsorgte Menge an Sperrmüll aus Hol- und Bringsystem von 1 m<sup>3</sup> pro Person und Kalenderjahr überschritten, wird für die darüber hinausgehende Menge eine Entsorgungsgebühr in Höhe von EUR 22,63 je m<sup>3</sup> (entspricht EUR 11,32 je 0,5 m<sup>3</sup>) erhoben (Mehrmengengebühr Sperrmüll), die bei Übergabe dieses Sperrmülls an den Landkreis entsteht und im Falle der Selbstanlieferung dann zu diesem Zeitpunkt fällig wird, ansonsten mit dem Bescheid, in dem die Transportpauschale Sperrmüll festgesetzt wird (§ 5 Abs. 4 dieser Satzung).

(3)

Elektro- und Elektronikgeräte gemäß § 21 der Abfallwirtschaftssatzung TG LL werden im Holsystem auf Grundlage von Gebührenwertmarken entsorgt, die beim Landkreis erhältlich sind und der Bestellung beigelegt werden. Die Gebühr beträgt 23,80 EUR je Gerät. Bei Anlieferung (Bringsystem) an die durch den Landkreis bekannt gegebenen Sammelstellen erfolgt die Annahme gebührenfrei.

(4)

Die Gebühr für einen Gartenabfallsack gemäß § 20 Abs. 3 der Abfallwirtschaftssatzung TG LL zur Entsorgung von Gartenabfällen im Bringsystem beträgt 4,35 EUR.

## **§ 10**

### **Behältergemeinschaften**

(1)

Dem Vorstand einer Behältergemeinschaft werden, soweit im Einzelfall zutreffend, alle den Restmüllbehältern zuordenbaren Gebühren berechnet:

1. Behälterentleerungsgebühr gemäß § 7 Abs. 2 dieser Satzung,
2. Mindestentleerungsgebühr gemäß § 7 Abs. 3 dieser Satzung,
3. Nachentleerungsgebühr auf Antrag gemäß § 7 Abs. 5 dieser Satzung,
4. Behälternutzungsgebühr gemäß § 8 Abs. 1 dieser Satzung,
5. Behältertauschgebühr sowie Behältertransportgebühr im Umzugsfall gemäß § 8 Abs. 2 dieser Satzung.

Gebührensschuldner für die vorgenannten Gebühren bleiben die Mitglieder der Behältergemeinschaft als Gesamtschuldner. Der Landkreis behält sich vor, die Gebühren gegenüber den Mitgliedern zu berechnen, falls der Vorstand nicht eine satzungskonforme Begleichung veranlasst.

(2)

Den Mitgliedern einer Behältergemeinschaft wird, soweit im Einzelfall zutreffend, die Festgebühr gemäß § 6 Abs. 2 und 4 bzw. 5 dieser Satzung berechnet.

Diese Gebühr wird auch gegenüber dem Vorstand einer Behältergemeinschaft berechnet, sofern er selbst Mitglied ist (z.B. als privater Haushalt).

## **§ 11**

### **Rücknahme von Gebührenwertmarken**

(1)

Die Rücknahme gültiger Gebührenwertmarken, Restmüll- und Gartenabfallsäcke mittels Verrechnung bzw. Rückvergütung erfolgt ganzjährig in den bekannt gemachten Vertriebsstellen.

(2)

Die Rücknahme ungültiger Gebührenwertmarken sowie Restmüll- und Gartenabfallsäcke erfolgt gegen Barauszahlung in den Vertriebsstellen des Landkreises, jedoch nur vom 02. bis 31. Januar des Jahres, in welchem sie erstmals ungültig geworden sind.

## **§ 12**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1)

Die Abfallgebührensatzung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Gebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) des Altlandkreises Leipziger Land vom 12.10.2005 in der Fassung der Änderungssatzung vom 12.12.2007 für die Zukunft außer Kraft.

(2)

Für Gebührenforderungen, die auf Grund der in Abs. 1 genannten Satzung des Altlandkreises vom 12.10.2005 in der Fassung der Änderungssatzung vom 12.12.2007 entstanden sind, jedoch nicht festgesetzt wurden oder rückständig sind, gelten die Bestimmungen dieser Satzung fort.

Borna, den 07.10.2009

gez.

**Dr. Gerhard Gey**

**Landrat**

- Siegel -